




Neues Klimaabkommen ist in Sicht - nun geht es um ambitionierte Zusagen der Staaten

Neues Klimaabkommen ist in Sicht - nun geht es um ambitionierte Zusagen der Staaten
Germanwatch: Gipfel von New York hat Klimaschutz weltweit wieder auf die Tagesordnung gesetzt
Beim UN-Klimagipfel in New York haben sich die 120 anwesenden Staats- und Regierungschefs zu dem Ziel bekannt, Ende nächsten Jahres ein Klimaabkommen mit Verpflichtungen für alle Staaten abzuschließen. "Dieser Gipfel hat die Weichen gestellt: Ein neues Klimaabkommen im Dezember 2015 in Paris ist nun sehr wahrscheinlich", sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. "Besonders wichtig ist, dass China und die USA nicht nur zusagten, die 2009 in Kopenhagen angekündigten Klimaziele zu erreichen, sondern auch auf ein neues Abkommen drängten. China will Anfang nächsten Jahres ankündigen, wann das Land mit dem höchsten CO2-Ausstoß den Scheitelpunkt der Emissionen erreichen wird. Zudem wollen auch die USA neue Klimaziele vorlegen." Erstmals setzten sich auch Regierungschefs für das langfristige Ziel ein, bis Mitte des Jahrhunderts ganz aus den fossilen Energien auszusteigen oder sogar auf 100 Prozent Erneuerbare Energien zu setzen. Sowohl Entwicklungsländer wie Costa Rica, Malawi, Samoa, Tuvalu oder Kolumbien als auch Industrieländer wie Dänemark oder Deutschland drängten auf solch ambitionierte Langfristziele. "Der Gipfel von New York hat den Klimaschutz weltweit wieder auf die Tagesordnung gesetzt. In den nächsten Monaten müssen die Regierungen zeigen, dass es nicht bei schönen Worten bleibt. Bis Anfang des Jahres sind nun die Staaten aufgefordert, zusätzliche Verpflichtungen sowohl zu ambitionierten Klimazielen als auch zur Finanzierung von klimagerechter Entwicklung auf den Tisch zu legen", so Christoph Bals weiter. Die Regierungen haben zugesagt, im ersten Quartal 2015 ihre nationalen Klimapläne für die Zeit nach 2020 vorzulegen. Schon vor dem Klimagipfel in Lima im Dezember dieses Jahres sollen die Staaten sagen, in welchem Ausmaß sie sich an dem Grünen Klimafonds beteiligen, mit dem Klimaschutz und Anpassung an Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern bezahlt werden sollen. Dänemark, Frankreich, Südkorea, Luxemburg, Mexiko, Norwegen und die Schweiz sind dem Beispiel Deutschlands gefolgt und haben bereits in New York Beiträge dafür zugesagt.
Energieeffizienz und weniger Kohle - der Lackmestest für Hendricks Ankündigungen
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat in ihrer Rede die Zusage der Bundesregierung über 750 Millionen Euro für den Grünen Klimafonds sowie das deutsche Klimaschutzziel einer Emissionsreduktion um 40 Prozent bis 2020 bestätigt. "Im November werden wir sehen, ob diese Ankündigung Substanz hat oder heiße Luft ist. Dann wird der Klimaschutzaktionsplan vorgelegt, um das im Koalitionsvertrag angekündigte Ziel von minus 40 Prozent CO2-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 doch noch zu erreichen", sagt Christoph Bals. "Nach zwei Jahren steigender Emissionen durch die boomenden Kohlekraftwerke ist klar, dass wir das 40-Prozent-Ziel nur erreichen können, wenn es Fortschritte bei der Energieeffizienz gibt und einige Kohlekraftwerke stillgelegt werden. Das ist der Lackmestest für die Ankündigungen der Umweltministerin."
Kontakt für Medien am Mittwochmorgen (per Handy):
Stefan Küper
Pressereferent
Germanwatch e.V.
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Tel. +49(0)228/60492-23, Fax -19
mobil: 0151/252 11 072
E-Mail: kueper@germanwatch.org
http://www.germanwatch.org
Germanwatch: Hinsehen, Analysieren, Einmischen - für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen


Pressekontakt

Germanwatch

53113 Bonn

kueper@germanwatch.org

Firmenkontakt

Germanwatch

53113 Bonn

kueper@germanwatch.org

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage